

**V4** Schutz vor digitaler Gewalt wirksam stärken – Geschlechtsspezifische Online-Hetze, Cyberstalking und KI-gestützte Übergriffe bekämpfen

Antragsteller\*in: Bianca Pircher (KV Nürnberg-Land)  
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

## Antragstext

1 Digitale Gewalt gegen Frauen, Mädchen und queere Personen hat in den vergangenen  
2 Jahren massiv zugenommen und eine neue Qualität erreicht. Cyberstalking,  
3 koordinierte Hasskampagnen und insbesondere KI-generierte Inhalte wie Deepfake-  
4 Pornografie – wie zuletzt im Fall Collien Fernandes sichtbar wurde – sind  
5 Ausdruck struktureller, geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie sind kein  
6 Randphänomen, sondern gezielte Angriffe auf Selbstbestimmung, Würde und  
7 gesellschaftliche Teilhabe.

8 Diese Gewalt bleibt nicht im Digitalen. Sie wirkt unmittelbar in das reale Leben  
9 hinein: Sie erzeugt Angst, Einschüchterung und Ohnmacht, sie führt zum Rückzug  
10 aus sozialen Räumen, aus öffentlicher Sichtbarkeit und aus politischem  
11 Engagement. Besonders betroffen sind Frauen, die sich öffentlich äußern –  
12 insbesondere Feministinnen, Journalistinnen und Politikerinnen. Gleichzeitig  
13 zeigt sich digitale Gewalt auch im privaten Kontext, etwa im Rahmen von  
14 Trennungen oder durch (Ex-)Partner, wo intime Bilder, persönliche Daten oder  
15 manipulierte Inhalte gezielt als Mittel der Einschüchterung und Kontrolle  
16 eingesetzt werden. Digitale Gewalt wird damit gezielt eingesetzt, um Frauen zum  
17 Schweigen zu bringen und sie aus demokratischen Diskursen zu verdrängen.

18 Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen einen deutlichen Anstieg digitaler  
19 Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Studien zeigen, dass digitale Gewalt häufig  
20 nicht isoliert auftritt, sondern mit weiteren Formen von Gewalt und Bedrohung im  
21 analogen Raum einhergeht. Sie verstärkt bestehende Machtverhältnisse und kann  
22 Eskalationsdynamiken befördern. All das zeigt: Digitale Gewalt ist kein  
23 individuelles Problem, sondern Teil eines strukturellen Gewaltverhältnisses –  
24 und damit auch ein Angriff auf die Demokratie.

25 Hinzu kommt, dass digitale Gewalt zunehmend Teil organisierter  
26 antifeministischer Mobilisierung ist. In sozialen Netzwerken entstehen gezielte  
27 Kampagnen, die feministische Stimmen diskreditieren, einschüchtern und aus dem  
28 öffentlichen Raum drängen sollen. Diese Dynamiken stehen in engem Zusammenhang  
29 mit einem erstarkenden Antifeminismus und rechten Netzwerken, die  
30 Gleichstellungspolitik aktiv bekämpfen.

31 Mit der rasanten Entwicklung Künstlicher Intelligenz verschärft sich diese Lage  
32 weiter. Die massenhafte Erstellung täuschend echter Deepfakes sowie die  
33 Generierung sexualisierter Inhalte ohne Einwilligung der Betroffenen eröffnen  
34 neue Formen der Gewalt, die durch bestehende Gesetze bislang nicht ausreichend  
35 erfasst werden.

36 Der Bundesfrauenrat stellt fest: Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum –  
37 und darf es auch nicht sein.

## 38 **Europäischer Rahmen und nationale Verantwortung**

39 Mit dem Digital Services Act hat die Europäische Union erstmals einen  
40 verbindlichen Rahmen geschaffen, um gegen digitale Gewalt und rechtswidrige  
41 Inhalte im Netz vorzugehen. Dieser schafft wichtige Instrumente für mehr  
42 Transparenz, bessere Beschwerdemöglichkeiten und stärkere Verantwortung von  
43 Plattformen.

44 In der Praxis werden bestehende Lücken sichtbar – insbesondere bei der  
45 strafrechtlichen Erfassung neuer Gewaltformen wie KI-generierten Inhalten. In  
46 der praktischen Umsetzung in Deutschland zeigt sich, dass diese Instrumente  
47 bislang nicht ausreichend greifen. Betroffene stoßen auf schwer zugängliche  
48 Meldewege, lange Bearbeitungszeiten und mangelnde Unterstützung. Auch die  
49 zuständigen Aufsichtsstrukturen müssen weiter gestärkt werden, um ihren Aufgaben  
50 gerecht zu werden.

## 51 **Deshalb fordern wir als Frauenrat von Bündnis 90** 52 **/ Die Grünen**

### 53 **1. Strafrecht modernisieren – digitale Gewalt vollständig** 54 **erfassen**

55 Der Bundesfrauenrat fordert die bestehenden strafrechtlichen Regelungen so  
56 weiterzuentwickeln, dass digitale Gewalt umfassend und wirksam erfasst wird.

57 Der Straftatbestand der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch  
58 Bildaufnahmen (§ 201a StGB) ist so zu erweitern, dass auch künstlich erzeugte  
59 oder manipulierte Bild- und Videoaufnahmen – insbesondere Deepfakes –  
60 ausdrücklich erfasst werden. Strafbar müssen die Herstellung, Verbreitung und  
61 der Besitz solcher Inhalte sein, wenn sie ohne Einwilligung der betroffenen  
62 Person erfolgen. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn täuschend echte Inhalte  
63 erzeugt werden, die Betroffenen Aussagen, Handlungen oder Situationen  
64 zuschreiben, die nie stattgefunden haben, und geeignet sind, deren Ruf,  
65 Sicherheit oder gesellschaftliche Teilhabe zu beeinträchtigen.

66 Darüber hinaus ist die bestehende Regelung zur Nachstellung (§ 238 StGB) so  
67 weiterzuentwickeln, dass digitale Gewalt realitätsgerecht abgebildet wird. Auch  
68 einmalige, aber schwerwiegende digitale Angriffe – etwa die Veröffentlichung  
69 persönlicher Daten, gezielte Einschüchterung oder Drohungen mit der Verbreitung  
70 intimer Inhalte – müssen klar strafbar sein und konsequenz verfolgt werden.

71 Zudem ist zu prüfen, inwieweit die bestehenden Straftatbestände der Beleidigung,  
72 üblen Nachrede und Verleumdung an die Dynamiken koordinierter digitaler Angriffe  
73 angepasst werden können, um massenhafte und orchestrierte Hetzkampagnen wirksam  
74 verfolgen zu können.

### 75 **2. Recht auf Vergessenwerden wirksam durchsetzen**

76 Das „Recht auf Vergessenwerden“ muss für Betroffene digitaler Gewalt tatsächlich  
77 wirksam werden. Rechtswidrige Inhalte müssen vollständig und dauerhaft gelöscht  
78 werden – nicht nur oberflächlich unzugänglich gemacht.

79 Dazu gehört insbesondere, dass Inhalte auch aus Sicherungskopien und Archiven  
80 entfernt werden und ihre erneute Verbreitung wirksam verhindert wird. Die  
81 Verantwortung für die Durchsetzung darf nicht länger bei den Betroffenen liegen.

### 82 3. Umsetzung bestehender Regelungen stärken

83 Die bestehenden europäischen und nationalen Regelungen zum Schutz vor digitaler  
84 Gewalt müssen konsequent umgesetzt werden.

85 Dazu gehört insbesondere, dass Aufsichtsbehörden ausreichend ausgestattet  
86 werden, um ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können. Betroffene müssen  
87 niedrigschwellige, barrierearme und digitale Möglichkeiten erhalten, Anzeige zu  
88 erstatten und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Dazu gehören zentrale  
89 Anlaufstellen, klare Zuständigkeiten sowie transparente und nachvollziehbare  
90 Verfahren.

91 Zivilgesellschaftliche Organisationen und Beratungsstellen spielen dabei eine  
92 zentrale Rolle und müssen systematisch einbezogen und gestärkt werden.

### 93 4. Prävention, Beratung und Qualifizierung ausbauen

94 Digitale Gewalt muss als Teil geschlechtsspezifischer Gewalt systematisch in  
95 Präventions- und Schutzkonzepte integriert werden.

96 Der Bundesfrauenrat fordert daher:

- 97 • bundesweite Aufklärungskampagnen zu digitaler Gewalt, ihren  
98 Erscheinungsformen und den bestehenden Schutz- und Hilfsmöglichkeiten,
- 99 • den Ausbau niedrigschwelliger, barrierearmer und auch psychologischer  
100 Unterstützungs- und Beratungsangebote, die sich auf Betroffene digitaler  
101 Gewalt spezialisieren,
- 102 • eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung entsprechender Strukturen,
- 103 • verpflichtende Schulungen für Polizei, Justiz und Verwaltung, um digitale  
104 Gewalt besser zu erkennen, einzuordnen und konsequent zu verfolgen,
- 105 • sowie die stärkere Verankerung von Medienkompetenz und Prävention gegen  
106 digitale Gewalt in Bildungseinrichtungen.

107 Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss den digitalen Raum ausdrücklich  
108 einbeziehen.

### 109 5. Forschung und Monitoring verstetigen

110 Zur wirksamen Bekämpfung digitaler Gewalt ist eine belastbare Datenbasis  
111 erforderlich.

112 Der Bundesfrauenrat fordert daher, bestehende Studien und Lagebilder  
113 kontinuierlich fortzuführen, weiterzuentwickeln und um qualitative Erkenntnisse  
114 zur Wirkung von Schutzmaßnahmen zu ergänzen.

- 115 Digitale Gewalt ist kein individuelles Problem, sondern ein gezielter Angriff  
116 auf Demokratie, Freiheit und gleichberechtigte Teilhabe. Wer Frauen  
117 einschüchtert, bedroht oder aus dem digitalen Raum drängt, attackiert die  
118 Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft.
- 119 Noch immer tragen Betroffene zu oft Angst, Rückzug und Scham – während Täter auf  
120 Wegsehen, Lücken im Recht und mangelnde Konsequenzen setzen.
- 121 Damit muss Schluss sein. Die Scham muss die Seite wechseln.
- 122 Der Bundesfrauenrat bekräftigt: Ein Leben frei von Gewalt muss auch im digitalen  
123 Raum gelten.
- 124 Deutschland muss jetzt handeln – entschlossen, wirksam und im Sinne der  
125 Betroffenen: mit konsequenter Umsetzung bestehender Regelungen, gezielter  
126 Weiterentwicklung des Rechts, wirksamer Prävention sowie verlässlicher  
127 Unterstützung und Schutzstrukturen.

## **Unterstützer\*innen**

Theresa Eberlein (Frauen- und vielfaltspolitische Sprecherin GRÜNE Bayern)